

Zu den Koordinaten
einer globalen Klimapolitik

„Energiewende“ als Forderung und Chance

Hartmut Grewe

Kaum ein anderes Thema bewegt im Moment die Weltöffentlichkeit so emotional wie der globale Klimawandel. Der kürzlich vorgelegte vierte Bericht der UN-Unterorganisation *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), an dem Tausende renommierter Wissenschaftler aus der ganzen Welt mitgearbeitet haben, lässt keinen Zweifel daran, dass der Klimawandel bereits stattfindet und dass der Mensch dessen Hauptverursacher ist. Insbesondere die weltweit praktizierte Form der Energieerzeugung durch Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Öl, Gas und Kohle führt zu hohen Emissionen von Kohlendioxid (CO₂), die neben anderen Treibhausgasen wie Methan signifikant zur Erderwärmung beitragen. Die zu beobachtende Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Stürmen, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden, aber auch das Abschmelzen von Gletschern und großer Teile der polaren Eismassen mit einem prognostizierten Anstieg des Meeresspiegels werden auf die Erderwärmung zurückgeführt. Die materiellen Schäden als Folge dieser Ereignisse sind bereits heute immens und werden voraussichtlich noch zunehmen – von den Verlusten an Menschenleben erst gar nicht zu reden. Es sei denn, dass möglichst bald durch geeignete Maßnahmen dagegengesteuert wird. Seit dem Bericht des britischen Ökonomen Sir Nicolas Stern (*The Economics of Climate Change*, Oktober 2006) wächst die Erkenntnis, dass es für die Menschheit lohnender ist, jetzt in einen aktiven Klimaschutz zu investieren, als

abzuwarten und die Folgeschäden von Klimawandel und Wetterkatastrophen zu einem späteren Zeitpunkt zu begleichen. Das ist zumindest der von der überwiegenden Mehrheit der Wissenschaft getragene derzeitige Erkenntnisstand, der auch die öffentliche und politische Wahrnehmung entscheidend beeinflusst.

Klima- und Umweltpolitik, aber auch die Energiepolitik haben weltweit einen neuen Stellenwert erhalten und prägen die politische Agenda nicht nur in Deutschland und Europa. Auch in den USA und in den großen Schwellenländern China und Indien beginnt ein Nachdenken darüber, wie der Energieeinsatz effizienter und umweltverträglicher gestaltet werden kann. Klimaschutz kann nicht allein mithilfe von internationalen Verträgen zur CO₂-Reduktion wie der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll geleistet werden, sondern es bedarf dazu auch ganz entscheidend des Beitrags von Innovationen durch klimaschonende Technologien. Es geht dabei um Zeit und Geld für die notwendigen Investitionen in Erforschung und Entwicklung von neuen Verfahren und Techniken zur effizienteren Energieerzeugung und zum sparsameren Energieverbrauch. Die Art der Energienutzung und der Klimawandel stehen in einem direkten Zusammenhang. Der weitere Ausbau von erneuerbaren Energiequellen sowie die Steigerung der Energieeffizienz werden als unverzichtbare Bausteine eines künftigen postfossilen Energiesystems gesehen. Gemeint ist eine von

namhaften Experten im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU) geforderte *globale Energiewende*, ein Umdenken und Umsteuern in Energiefragen. Offen ist, ob diese Erkenntnis sich nicht nur in Deutschland und Europa durchsetzen wird, sondern auch weltweit Anerkennung bei Staaten und Unternehmen findet.

Das sind die eigentlichen Akteure, auf die es in Zukunft ankommen wird. Aber auch die Kommunen haben eine wichtige Rolle und Verantwortung, insbesondere in den Städten dieser Welt muss das Klimaproblem vorrangig gelöst werden, denn dort werden achtzig Prozent der global eingesetzten Energievorräte verbraucht. Die Repräsentanten von vierzig Weltmetropolen trafen sich im Mai in New York zum zweiten Klimagipfel, um ihre Erfahrungen auszutauschen.

Erste Schritte im Klimaschutz

Der erste Schritt in Richtung eines weltweiten Klimaschutzes wurde 1992 auf dem sogenannten „Erdgipfel“ der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro gemacht. Dort unterzeichneten 154 Staaten die Klimarahmenkonvention, ein weltumspannendes völkerrechtliches Abkommen, das 1994 in Kraft trat. Sein Ziel ist, den Ausstoß der Treibhausgase auf einem solchen Niveau zu stabilisieren, dass empfindliche Störungen des Klimasystems der Erde noch verhindert werden können. Neben der Begrenzung von Emissionen, für die insbesondere die Industrieländer in die Pflicht genommen werden, sollen auch die Wälder – insbesondere in Entwicklungsregionen – als Kohlenstoffspeicher weltweit geschützt werden. Ein ständiges Sekretariat mit Sitz in Bonn unterstützt die laufende Arbeit. Einmal jährlich treffen sich die Vertragsstaaten im Rahmen einer internationalen Konferenz, um über Maßnahmen zum Klimaschutz zu beraten. Ein wichtiges Datum war die dritte

Vertragsstaatenkonferenz, die 1997 im japanischen Kyoto stattfand. Das Kyoto-Protokoll wird als ein Meilenstein im internationalen Klimaschutz gesehen. Nach einem schwierigen Ratifizierungsprozess, insbesondere nachdem die neu gewählte amerikanische Regierung 2001 ihre Unterstützung verweigert hatte, trat es nach verspäteter Ratifizierung durch Russland erst im Februar 2005 in Kraft. Es verpflichtet die Industrieländer erstmals, den Ausstoß von Treibhausgasen zu begrenzen: Insgesamt sollen es bis 2012 fünf Prozent weniger sein als 1990. Für die EU-15 gilt das Ziel acht Prozent. Deutschland hat im Rahmen einer innereuropäischen Lastenaufteilung eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernommen: Es hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2012 insgesamt einundzwanzig Prozent weniger Kohlendioxid auszustoßen. Dass dieser Weg mit verbindlichen Reduktionszielen auch danach weiterbeschritten werden soll, darauf hat sich die internationale Staatengemeinschaft bei der Weltklimakonferenz im Dezember 2005 in Montreal verständigt. Insbesondere gilt es, die größten Emittenten wie die USA und China, aber auch andere große Schwellen- und Entwicklungsländer mit ins Boot zu nehmen.

Das Kyoto-Protokoll ist auch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Es sieht eine Reihe von flexiblen marktconformen Instrumenten zur Durchsetzung der Minderungsziele vor: den Handel mit Emissionsrechten sowie Gutschriften für Investitionen in gemeinsame Klimaschutz-Projekte zwischen Industrieländern (*joint implementation*) beziehungsweise in Schwellen- und Entwicklungsländern (*clean development mechanism*). Die Vertragsstaaten dürfen also ihre Verpflichtung zur Emissionsminderung zum Teil im Ausland erbringen. Als wichtigstes Element hat sich innerhalb der Europäischen Union inzwischen ein Emissionshandelssystem etabliert, das bald in

seine zweite Handelsperiode (2008 bis 2012) eintreten wird. Von den Regierungen der Mitgliedstaaten werden nationale Zuteilungspläne für die Energiewirtschaft und die Schwerindustrie erstellt, die von der Europäischen Kommission genehmigt werden müssen. Die Unternehmen erhalten Emissionsrechte, die an einer speziellen Börse handelbar sind, wodurch CO₂ einen Marktpreis erhält. Durch diesen Preismechanismus sollen Investitionen in einen klimaverträglichen Energieeinsatz gefördert werden. Allerdings werden die kostenlos vergebenen Emissionsrechte von den Versorgungsunternehmen in die Stromkosten eingerechnet und vom Endverbraucher getragen. Das hat zu steigenden Strompreisen und zu ungerechtfertigten Unternehmensgewinnen in Deutschland geführt. Die verständliche Kritik von Verbraucherschutzorganisationen, Teilen der Wirtschaft und der Politik richtete sich in erster Linie gegen die vier großen Energiekonzerne. Der für die zweite Handelsperiode von der EU-Kommission genehmigte Allokationsplan sieht für Deutschlands Energiewirtschaft und Schwerindustrie eine Reduktion auf 453 Millionen Tonnen CO₂ vor. Das ist trotz intensiver Lobby der Branche ein drastischer Einschnitt gegenüber der ersten Periode, als die Emissionsrechte sehr großzügig zugeteilt worden waren und es nur zu geringen Einspareffekten kam. Diese Korrektur war nötig, um das europäische Emissionshandelssystem nicht gleich zu Beginn als wirkungslos zu diskreditieren, was seine Modellwirkung für andere Regionen beeinträchtigt hätte. Viele Experten befürworteten sogar einen globalen Emissionshandel.

Ein europäischer Durchbruch

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben Anfang März 2007 unter deutschem Vorsitz die von der Kommission erarbeitete Vorlage zum Kli-

maschutz und zur Energiepolitik verabschiedet. Der CO₂-Ausstoß soll bis 2020 europaweit um mindestens zwanzig Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert werden, um das vom UN-Weltklimarat für notwendig erachtete Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung nicht zu gefährden. Ferner soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Primärenergieversorgung Europas im gleichen Zeitraum von derzeit 6,5 Prozent auf zwanzig Prozent aufgestockt werden. Für den Einsatz im Verkehrssektor wird ein zehnprozentiger Anteil von Biokraftstoffen angestrebt. Zentral ist auch die Aufforderung, die Energieeffizienz allgemein um zwanzig Prozent zu steigern.

Obwohl Politiker und Medien die Beschlüsse der EU zum Klimaschutz als historischen Durchbruch feierten, ist Skepsis angesagt. Zum einen sind die Vereinbarungen rechtlich nicht bindend. Zum anderen würden sie, selbst wenn sie eingehalten würden, den Kohlendioxid-Ausstoß weltweit nur geringfügig mindern. Denn die EU-27 ist gerade mal für ein Siebtel der globalen Emissionen verantwortlich; Deutschland trägt nur 3,2 Prozent bei. Die beiden größten Emittenten USA und China bringen es zusammen auf einen Anteil von vierzig Prozent. Mit anderen Worten: Ohne die Mitwirkung dieser beiden Schlüsselstaaten an internationalen Klimaschutzmaßnahmen verpuffen viele gut gemeinte Vorhaben wegen fehlender Substanz. Auch die propagierte Führungsrolle Deutschlands und der EU in Sachen Klimaschutz leidet unter diesem Manko. Maßnahmen können anderen Akteuren zwar als gute Beispiele zum Nachahmen empfohlen werden, allerdings nur, wenn sie auch Wirkung zeigen. Es ist in der Politik also darauf zu achten, dass keine Glaubwürdigkeitslücke entsteht zwischen den propagierten Zielen und den tatsächlich erreichten Ergebnissen. Die verständliche Kritik aus dem Ausland lautet dann zu Recht: „Die EU erteilt uns kluge

Ratschläge, dabei erreicht sie selbst nicht einmal ihre eigenen Klimaschutz-Ziele“, so John Howard, der Ministerpräsident Australiens. Die Verpflichtung der fünfzehn alten Mitgliedstaaten der EU, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2012 um acht Prozent zu senken (im Vergleich zu 1990), ist bislang nicht erfüllt worden. Bis 2005 war nur eine Reduktion von 1,6 Prozent zu verzeichnen. Auch Deutschland hat seine ehrgeizige Zielmarke von minus einundzwanzig Prozent noch nicht ganz erreicht. Zudem haben die europäischen Regierungen mehr CO₂-Emissionsrechte an die Unternehmen ausgegeben, als diese eigentlich benötigen, und somit den europäischen Emissionshandel in seiner Funktionsfähigkeit behindert, weil die Zertifikatspreise im Jahr 2006 ins Bodenlose fielen.

Risiken der Energiewende

Deutschland nimmt eine wichtige Vorreiterrolle bei der Förderung und Entwicklung von erneuerbaren Energien wahr. Diese sollen die Grundlage für ein künftiges postfossiles Energiesystem bilden, flankiert von Energieeinsparungen, auch dank höherer Energieeffizienz. Diese Weichenstellung – weg vom Öl und anderen fossilen Energieträgern und hin zu erneuerbaren Energien sowie mehr Energieeffizienz – wird meist mit dem Begriff „Energiewende“ umschrieben. Ihre Umsetzung erfordert ein Umdenken und ein Umlenken in Sachen Energiewirtschaft und Energiepolitik. Damit es kein Wunschdenken bleibt, muss man jedoch den Realitäten ins Auge schauen angesichts unterschiedlicher Interessenlagen in Wirtschaft und Politik, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im europäischen und globalen Maßstab. Es gibt Nutzungskonflikte insbesondere bei der Biomasse, die von vielen Experten als energetisches Multitalent gelobt und von der Landwirtschaft als Segen betrachtet wird. Der Anbau von nachwachsenden

Rohstoffen wie Energiepflanzen kann finanziell häufig ertragreicher sein als der Anbau von Nahrungsmitteln und dort zu Knappheiten mit Preisverteuerungen führen. Noch bedenklicher ist aber, wenn die durch den amerikanischen Präsidenten Bush verkündete nationale Strategie zur Energiesicherheit unter dem Motto „Weg vom Öl“ einen Nachfrageboom für Bioethanol auslöst mit weitreichenden internationalen Rückwirkungen – von Mexiko, wo Mais als Grundnahrungsmittel knapp und teuer wird, bis nach Brasilien, wo der Export von Bioethanol in die USA ein lukratives Geschäft verspricht und weitere Anbauflächen für Zuckerrohr erschlossen werden. Das geht häufig zulasten des tropischen Regenwaldes und von Feuchtgebieten, also wertvollen Naturreserven auch für den globalen Klimaschutz. Ebenso wenig nachhaltig sind die Palmöl-Plantagen in Indonesien und Malaysia aus Sicht einer Ökobilanz. Wir haben es mit einem ethischen Problem zu tun: Die reichen Industrieländer dürfen ihr Klimagewissen nicht besänftigen durch einen Entwicklungspfad in Richtung erneuerbare Energien, der zulasten von wertvollen Naturreserven geht. Es gibt Gewinner und Verlierer in diesem Machtspiel und viele Befürchtungen, dass die Chancen und Risiken ungleich verteilt sind. Es handelt sich also auch um Fragen einer sozialen und globalen Gerechtigkeit.

Exportboom in Deutschland

Marktführer Deutschland sieht sich als Gewinner dieser wirtschaftlichen Entwicklung, denn die hier entwickelten Umwelttechnologien werden weltweit stark nachgefragt. Der Export boomt, und in der Branche gibt es mittlerweile 215 000 Arbeitsplätze mit steigender Tendenz. Die früheren Klagen der Industrie wegen Belastung durch strenge Umweltauflagen und höhere Strompreise auch aufgrund der Förderung von erneuerbaren Ener-

gien sind dank wachsender Umsätze und Jobs in dieser Zukunftsbranche in Optimismus umgeschlagen. Die deutsche Wirtschaft hat erkannt: Mit Umwelt- und Klimaschutz lässt sich Geld verdienen. Doch die Konkurrenz im Ausland schläft nicht, weil auch sie die Signale der Zeit erkannt hat. Mit dem *Erneuerbare-Energien-Gesetz* (EEG) setzte Deutschland ein weltweites Signal zum Aufbruch in eine neue Energiezukunft. Das Gesetz, das bestimmte Einspeisetarife für Stromproduzenten aus erneuerbaren Energien garantiert, ist mittlerweile ein Fördermodell, das von vielen anderen Staaten kopiert wird. Auch die internationale Konferenz zur Förderung erneuerbarer Energien im Jahr 2004 in Bonn diente dem Ziel, diese Branche weltweit zu befördern. Der weltweite Markt für umweltfreundliche Technologien wird schon heute auf etwa 1000 Milliarden Euro geschätzt. So kommt es, dass in Deutschland Ökonomie und Ökologie nicht mehr als Gegensätze betrachtet werden, sondern als eine komplementäre Einheit. „Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung widersprechen sich nicht, sondern bedingen einander“, heißt es exemplarisch im Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms.

Ehrgeizige Ziele

Die deutsche Bundesregierung geht sogar noch einen Schritt weiter. Sie will mit einer Energiewende den „Umbau der Industriegesellschaft“ betreiben und die deutsche Wirtschaft zur effizientesten und klimaverträglichsten der Welt machen. Manche Experten sprechen in diesem Zusammenhang auch von einer „dritten industriellen Revolution“. Das deutsche Umweltministerium stellte kürzlich ein Maßnahmenpaket vor, mit dem das ambitionierte Ziel einer vierzigprozentigen Minderung der energiebedingten Treibhausgas-Emissionen bis 2020 erreicht werden soll. Hauptpunkte sind die Reduzierung des Stromver-

brauchs um elf Prozent, die Erneuerung des deutschen Kraftwerkparcs, die Verdopplung der Kraft-Wärme-Nutzung, die Steigerung des Einsatzes von erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung und im Wärmesektor, die energetische Gebäudesanierung sowie die verstärkte Nutzung von Biokraftstoffen im Verkehrssektor. Mit diesen Maßnahmen soll der CO₂-Ausstoß in Deutschland um insgesamt 270 Millionen Tonnen reduziert werden. Die spannende Frage ist: Werden andere Industriestaaten in diese Richtung mitziehen? Denn sie müssten die Hauptlast der Klimapolitik tragen. Dabei sollte die reale Kluft, die sich zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern auftut, nicht übersehen werden: Während wir in Deutschland und Europa, teilweise auch in Amerika, über einen *Umbau* unserer Industriegesellschaft nachdenken, gilt in den Schwellen- und Entwicklungsländern die erste Priorität dem *Aufbau* einer Industriegesellschaft. Uns ist daran gelegen, dass dieser energieaufwendige Entwicklungspfad möglichst klimaverträglich beschriftet wird. Dabei sollte der reiche Norden den armen Süden mit Rat und Tat unterstützen. Die Bundeskanzlerin ist von verschiedenen Seiten aufgefordert worden, sich am Vorabend des G8-Gipfels öffentlich für eine *Global-Marshall-Plan-Initiative* einzusetzen.

China und Indien – Entwicklung um jeden Preis?

Die gewaltigen wirtschaftlichen Wachstumsprozesse von China und Indien im letzten Jahrzehnt haben die westliche Welt in Erstaunen und Schrecken versetzt. Die Vorstellung, dass die beiden bevölkerungsreichsten Staaten mit insgesamt einem Drittel der Weltbevölkerung sich nach westlichen Vorbildern industrialisieren und motorisieren könnten, ist für viele Beobachter besorgniserregend. Der amerikanische Biologe Edward O. Wilson

fasste seine Besorgnis mit folgenden Worten zusammen: „Würde man das Konsumniveau der USA auf die Welt übertragen, brauchte man mindestens vier Planeten wie die Erde.“ Bislang liegen die Pro-Kopf-Emissionswerte, die ja eigentlich Energieverbrauchswerte sind, in China und Indien mit vier beziehungsweise 1,5 Tonnen noch weit unter denen der USA oder Deutschland mit zwanzig beziehungsweise elf Tonnen. Die beiden großen Schwellenländer zeigen jedoch eine aufsteigende Tendenz. Nicht nur in absoluter, sondern auch in relativer Hinsicht.

Der globale Wettlauf um Rohstoffe und Energieressourcen hat schon begonnen und führt zu höheren Preisen und Risiken bei der Energieversorgung. Viele Entwicklungsländer können ihre Ölimporte nicht mehr bezahlen. Die weltweite Nachfrage nach Energie verdoppelt sich in wenigen Jahrzehnten aufgrund der nachholenden Industrialisierung und Motorisierung in den großen Schwellenländern. Weil damit in erster Linie fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle zum Einsatz kommen, wird zwangsläufig auch der Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen weiter in die Höhe getrieben. Dieser Trend geht eindeutig zu Lasten der globalen Klimaschutz-Ziele. Doch wo liegen die Prioritäten der Schwellen- und Entwicklungsländer, wenn es gilt, den Rang von Umwelt- und Klimaschutz mit der Bedeutung von Wirtschaftswachstum für die nationale Entwicklung abzuwägen? Entwicklung und/oder Klimaschutz: Mithin ist das auch eine Frage von globaler Gerechtigkeit. Die Rio-Konferenz von 1992 hatte versucht, beide Themenbereiche miteinander zu verknüpfen: Umwelt *und* Entwicklung. Das ist in der Folgezeit leider oft übersehen worden. Fünfzehn Jahre nach Rio sollte man daran erinnern und die nötigen Schlussfolgerungen ziehen.

Indiens Delegationsleiter bei der Weltklimakonferenz in Bangkok, wo der dritte

Teil des UN-Klimaberichts präsentiert wurde, sagte unmissverständlich: „Entwicklung hat Priorität vor Klimaschutz.“ Indien sei vor allem immer noch ein Entwicklungsland, in dem 830 Millionen Indier von weniger als zwei US-Dollar pro Tag lebten. Außerdem hätten 600 Millionen auf dem Land noch keinen Zugang zu Strom. Er wandte sich dagegen, dass Indien mit China in einen Topf gesteckt wird. Im Gegensatz zu China sei es seinem Land gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch abzukoppeln und die Energieproduktivität zu erhöhen. China habe in den letzten fünf Jahren elfmal mehr Energie verbraucht als Indien.

Unterschiedliche Ausgangslagen

Die im Westen übliche Nennung von China und Indien in einem Atemzug als sogenannte Schwellenländer mit vermuteten ähnlichen Voraussetzungen, Ambitionen und Praktiken sollte einer differenzierten Betrachtung weichen. Die einzelnen Ländergruppen unterscheiden sich beträchtlich voneinander in der Energienutzung und beim Ausstoß von Treibhausgasen: In den reichen Industrieländern stammt das freigesetzte Kohlendioxid meist aus fossilen Brennstoffen; in den armen Entwicklungsländern entsteht es vorrangig durch das Abholzen der Wälder und Brandrodung. Hier geht es nicht nur um Brennholz, sondern auch um eine spezielle Form der Landnutzung. Die Schwellenländer liegen zwischen den beiden Extremen, weil sie sowohl energieintensive Industriestrukturen wie auch Probleme von Entwicklungsländern unter einem nationalen Dach vereinen. Man sollte die Gruppe der Entwicklungsländer gesondert betrachten und ihre unterschiedlichen Ausgangs- und Interessenlagen sowie die beschränkten Handlungspotenziale gebührend anerkennen. Entwicklungsländer haben oftmals gravierende Umweltprobleme wie Wasser-

knappheit und verschmutztes Trinkwasser, hohe Gesundheitsrisiken wegen Luftverschmutzung, Erosion und Ernteausfälle, sodass die Klimafolgen und eine Vermeidungspolitik eher zweitrangig erscheinen. Außerdem sind für die Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer die Schuldigen an der „Klimakatastrophe“ bereits ausgemacht, nämlich die Industriestaaten mit ihrem verschwenderischen Energieverbrauch und ihren Konsumgewohnheiten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Wie können Entwicklungsländer ihre Energie- und Klimaprobleme also lösen? Rund zwei Milliarden Menschen, immerhin ein Drittel der Menschheit, haben keinen Zugang zu moderner Energie und damit zu Modernität, denn Energiearmut bedeutet in der Regel auch absolute Armut und verminderte Lebens- und Entwicklungschancen. Deshalb soll der unter deutschem Vorsitz stattfindende G8-Gipfel in Heiligendamm neben der Energie- und Klimaproblematik auch dem Kontinent Afrika und dessen Armutproblematik seine Aufmerksamkeit widmen. Insbesondere die erneuerbaren Energien bieten hier eine großartige Chance für Programme der ländlichen Elektrifizierung, die Wachstumsimpulse wecken und Armut abbauen können. Vorausgesetzt, man findet intelligente und nachhaltige Lösungen, die von allen Beteiligten akzeptiert und von eigenen Kräften getragen werden. Also: Hilfe zur Selbsthilfe!

Für die Lösung der globalen Probleme ist aber die Gruppe der Schwellenländer für die G8 von besonderem Interesse. Zum dritten Mal seit dem Gipfel von Gleneagles vor zwei Jahren sind fünf Staaten als Vertreter dieser Gruppe zur Teilnahme an Konsultationen in den G8-Kreis eingeladen worden: China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika. Wenn über gemeinsame Vorgehensweisen in

Sachen Klimaschutz und Energieeffizienz gesprochen wird, sind dreizehn Staaten, die zusammen für drei Fünftel der globalen Emissionen verantwortlich sind, am Verhandlungstisch versammelt. Von diesem Treffen erhofft sich die deutsche Regierung einen positiven Anstoß für die im Dezember 2007 auf Bali (Indonesien) stattfindende UN-Klimakonferenz. Vielleicht wird dann ein Durchbruch erreicht in der Frage eines Post-Kyoto-Abkommens, welches sowohl die USA als auch die großen Schwellenländer nach 2012 aktiv in gemeinsame Klimaschutzbestrebungen einbezieht. Dabei muss es aber auch um konkrete Projekte gehen – zum Beispiel wie der notwendige Transfer von klimafreundlichen Technologien zur Energiebereitstellung und -nutzung in Schwellen- und Entwicklungsländern vollzogen und finanziert werden soll. Auch die globale Frage des Schutzes der Biodiversität, also der biologischen Artenvielfalt auf unserem Planeten, und ihre Bedrohung durch Land- und Meeresnutzung muss auf die politische Agenda gesetzt werden. Deutschland wird übrigens im kommenden Jahr Gastgeber einer UN-Konferenz zu diesem wichtigen Thema sein.

Globaler Handlungsdruck

Der Weltklimabericht des IPCC sowie verschiedene international verbreitete Studien wie der *Stern-Report* haben in der Weltöffentlichkeit eine Klimadebatte losgetreten, die hohe Wellen schlägt. Doch ist allem Anschein nach die Debatte von Land zu Land unterschiedlich stark ausgeprägt und von nationalen Standpunkten und Interessenlagen durchsetzt, sodass die öffentliche Debatte in Deutschland mit Sicherheit nicht der Maßstab für alle Länder ist. Die hier in den Medien und der Politik zur Schau gestellte Aufregtheit ist nicht überall anzutreffen. An anderen Orten wird teilweise gelassener über den Klimawandel und seine Folgen

debattiert, und es werden mitunter andere Konsequenzen gezogen.

Das offenbart sich auch im Gerangel hinter den Kulissen bei der Verabschiedung der einzelnen Teile des UN-Klimaberichts durch die verschiedenen Repräsentanten der Politik. Die Wissenschaft musste ihre Formulierungen teilweise entschärfen, weil sie der politischen Interessenlage eines mächtigen Staates oder einer Staatengruppe widersprochen hätten. Dahinter stehen natürlich auch immer handfeste wirtschaftliche Interessen. Viele Staaten werden erst handeln, wenn sie erkennen, dass die Umwelt- oder Klimaschäden von wirtschaftlichen Aktivitäten so beträchtlich werden, dass sie das eigene Wirtschaftswachstum gefährden. Dieses Bewusstsein scheint sich allmählich in Chinas Parteielite zu verbreiten. Die weitverbreitete Hoffnung ist, dass auch im bevölkerungsreichsten Land der Erde Klimaschutz bald ernsthaft betrieben wird, weil eigene vitale Interessen im Spiel sind.

Inwieweit sich Politiker bei ihren Entscheidungen von wissenschaftlichen Studien und Gutachten leiten lassen oder eher auf Druck vonseiten wirtschaftlicher Interessen oder der öffentlichen beziehungsweise veröffentlichten Meinung handeln, ist eine offene Frage. Die Berichterstattung in den Medien von Naturkatastrophen mit ihren fatalen Auswirkungen entfaltet zweifellos Wirkung in der Bevölkerung. So haben die dramatischen Reportagen über den Wirbelsturm „Katrina“ und seine Verwüstungen in New Orleans mehr zur Änderung des Umweltbewusstseins in den USA beigetragen als viele Studien und Empfehlungen von Experten. Auch der Dokumentarfilm *Eine unbequeme Wahrheit* von Davis Guggenheim und mit dem früheren Präsidentschaftskandida-

ten Al Gore hat im Jahr 2006 mit seinen Bildern die Öffentlichkeit für das Klimathema sensibilisiert. Nun steht die Politik unter Handlungsdruck. Doch was ist wichtiger: Klimaschutz oder Energiesicherheit? Es gilt abzuwägen und Prioritäten zu setzen. Dabei hat die Politik ein strukturelles Defizit zu bewältigen, denn sie denkt und handelt eher in Wahlzyklen als in langfristigen Perspektiven, die für die Lösung von globalen Problemen erforderlich sind.

Eine neu gestaltete Energiewirtschaft im globalen Maßstab wird es allenfalls in Blaupausen beziehungsweise Zukunftsvisionen, aber wohl nicht in der Realität geben. Energie ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Machtfaktor, und Letzterer entscheidet in der nationalen und internationalen Politik darüber, welche Interessen sich letztlich behaupten.

Die deutsche Regierung steht in der Klimafrage momentan im Blickfeld der Weltöffentlichkeit, denn sie nimmt mit der EU-Präsidentschaft, die allerdings schon Ende Juni 2007 endet, und dem Vorsitz bei der G8-Runde eine Führungsrolle ein. Sie übernimmt Verantwortung dafür, dass der Anfang Juni in Heiligendamm stattfindende Gipfel dank gründlicher Vorbereitung und viel diplomatischen Geschicks möglicherweise einen politischen Durchbruch erzielen kann. Doch Deutschlands Vorreiterrolle müsste aktive Unterstützung in der internationalen Staatengemeinschaft finden. Deutschland und die EU sollten sich aber davor in Acht nehmen, in eine Glaubwürdigkeitsfalle zu stolpern, indem ihre Regierungen mehr versprechen, als sie halten können. Sie werden nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten gemessen.